



Niederschrift

21. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.12.2005
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Malteser Treffpunkt Freizeit

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	anwesend bis TOP 7 (18:30 Uhr)
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE. PDS	anwesend ab TOP 4 (16:55 Uhr)
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Frau Basekow, Angela		anwesend ab TOP 2 (16:45 Uhr)
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Harder, Dirk		
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Herr Lehmann, Carsten		
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		anwesend ab TOP 2 (16:45 Uhr)
Herr Wendt, Jan	Die Andere	
Herr Wernick-Otto, Frank		
Herr Schweers, Norbert		
Frau Müller, Elona,		
Frau Scheuerer, Sabina		

Nicht anwesend sind:

Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Keilholz, Monika	SPD	Mandat ruht vorläufig

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Ab 16:00 Uhr ist die Besichtigung des Malteser Treffpunkt Freizeit möglich!
- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 24.11.2005
- 1.3 Abstimmung zur Tagesordnung
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

- 4 Information zum Stand der Konzeptentwicklung des Malteser Treffpunkt Freizeit
- 5 Änderung der Sportfördersatzung
Vorlage: 05/SVV/0699
Wiedervorlage
- 6 Langfristige Nutzung der Sportstätten durch Sportvereine
Vorlage: 05/SVV/0896
Wiedervorlage
- 7 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009
und AKKJ-Leitlinien
Vorlage: 05/SVV/0829
Wiedervorlage
- 8 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850
Wiedervorlage
- 9 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0851
Wiedervorlage
- 10 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0853
Wiedervorlage
- 11 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe
Vorlage: 05/SVV/0852
Wiedervorlage
- 12 Bericht zur Sozialraumorientierung
- 13 Wechsel der Kindertagesstätte 'Firlfanz' in die Trägerschaft der Erziehungs- und Bildungswege gGmbH
Vorlage: 05/SVV/1033
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 14 Information über außer- und überplanmäßige Ausgaben des Fachbereiches Jugendamt im Zeitraum 01.07. - 30.09.2005
Vorlage: 05/SVV/1021
- 15 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Ab 16:00 Uhr ist die Besichtigung des Malteser Treffpunkt Freizeit möglich!

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Dr. S. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 **Bestätigung des Protokolls vom 24.11.2005**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 1.3 **Abstimmung zur Tagesordnung**

Herr Wendt nimmt die DS 05/SVV/0699 (TOP 5) von der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen des Jugendamtes**

Bürgerhaus am Schlaatz

Frau E. Müller informiert, dass Frau Barbara Rehbehn ab dem 01.01.2006 Geschäftsführerin des Bürgerhauses am Schlaatz ist.

Frau Rehbehn stellt sich dem Jugendhilfeausschuss vor.

Interessenbekundungsverfahren zum Kinder- und Familienhaus im Bisamkiez 26

Herr Schweers informiert, dass für die Betreuung des Kinder- und Familienhauses, möglichst ab dem 01. Februar 2006, durch das Jugendamt ein freier Träger gesucht wird. Dies erfolgt über ein Interessenbekundungsverfahren. Die Träger hatten die Möglichkeit, ihr Interesse bis zum 15.12.2005, 12:00 Uhr zu bekunden.

Dachausbau Kita Fahrland

Herr Schweers berichtet, dass nach Information des KIS ein Dachausbau einschließlich Baunebenkosten ca. 175.000 Euro kosten würde. Grundlage für die Kosteneinschätzung waren ein Ortstermin sowie ein Gespräch mit dem Träger und Nutzer der Einrichtung am 05.12.2005.

Herr Wartenberg bittet, dies zu Protokoll zu nehmen.

Lindenpark

Frau Müller weist auf Pressemitteilungen zum Lindenpark in den letzten Tagen hin und macht deutlich, dass von Seiten der Stadt das selbe Verfahren für die Zuwendungsüberprüfung gilt, wie für alle anderen Träger auch. Die Verwaltung sieht sich hier an Recht und Gesetz gebunden.

**zu 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise
Arbeitskreis Jugendhilfe/Schule**

Frau Drohla informiert, dass für die Hortsituationen in Babelsberg sowie für die Karl-Foerster-Schule Lösungen in Sicht scheinen. Hier werden Gespräche geführt. Die Ganztagschule wird auch weiterhin thematisiert.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Harder berichtet, dass sich der Unterausschuss mit dem Jugendförderplan und der Trägerkonferenz vom 12.12.2005 befasst hat. Auch die Sozialraumorientierung wurde beraten. Hierzu wird er sich zum entsprechenden Tagesordnungspunkt äußern.

Frau Eiserbeck bittet, das Protokoll der Trägerkonferenz an die Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung auszureichen. Dies wurde so zugesagt.

**zu 4 Information zum Stand der Konzeptentwicklung des Malteser Treffpunkt
Freizeit**

Frau Al Talab stellt die Arbeit im Treffpunkt Freizeit vor und macht dabei deutlich, dass die bisherigen Angebote erhalten bleiben, aber auch ergänzt werden sollen.

Frau Knoblich macht darauf aufmerksam, dass die Kinder- und Jugendarbeit vorrangig im Haus durchgeführt werden soll. Sie fragt, wann das beschlossene Konzept geändert wurde.

Sie macht deutlich, dass sie am vorliegenden Konzept die Finanzierung vermisst.

Frau Al Talab betont, dass dies keine Kehrtwendung zum bisherigen Konzept ist. Es gibt neben dem Erhalt der bisherigen Angebote noch eine Erweiterung bzw. einen Ausbau von Angeboten. Das Konzept wird angepasst und erweitert und nach Beendigung des letzten Bauabschnittes vorgelegt.

Frau Dr. S. Müller erinnert an den Beschluss der StVV zur Vorlage des Konzeptes nach Fertigstellung des Umbaus.

Herr Dr. Henrich fragt, ob die Betriebskosten nach dem Umbau so gesenkt wurden, wie dies geplant war.

Frau Al Talab erklärt, dass dies bisher noch nicht erkennbar ist.

Frau Tänzler sagt zu, dass mit Fertigstellung des Hauses die ersten Zahlen vorliegen werden.

Herr Schweers weist darauf hin, dass die Zuschüsse 2005 um 50.000 Euro gesenkt wurden.

Frau Knoblich macht darauf aufmerksam, dass bei einer Änderung des Konzeptes möglicherweise auch andere Bereiche der Stadt fördern müssen. Sie fragt, ob es diesbezüglich bereits Gespräche gibt.

Frau Al Talab erklärt, dass diese Angebote z.B. durch Sponsoren oder Spenden finanziert werden. Die Angebote erfolgen erst, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Frau Eiserbeck fragt nach der Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Al Talab berichtet, dass der Internet-Auftritt überarbeitet wird. Weitere Öffentlichkeitsarbeit erfolgt über die Presse oder Verteiler, aber auch über Kooperationen.

Herr Harder informiert, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung intensiv mit dem vorgelegten Papier befasst hat. Der Unterausschuss hat es positiv bewertet.

Frau Dr. Müller erinnert an den Auftrag an die Verwaltung bezüglich der verkehrssichernden Maßnahmen.

Herr Schweers informiert, dass laut Mitteilung der Straßenverkehrsbehörde folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Unmittelbar nach Aufhebung der Sperrung der Hans-Thoma-Straße wird Anfang Januar 2006 das tatsächliche Verkehrsaufkommen incl. der gefahrenen Geschwindigkeiten mittels des Verkehrserfassungssystems VIA-COUNT ermittelt und ausgewertet.
- Der für diesen Abschnitt verantwortliche Revierpolizist wird sich speziell in den verkehrsstarken Nachmittagsstunden vor Ort aufhalten, sich ein Bild von der Verkehrssituation machen und bei Bedarf auch in den Verkehrsfluss eingreifen.
- Mitarbeiter der Verkehrswacht Potsdam werden nach Absprache mit der Leitung des Treffpunktes Freizeit vor Ort das Gerät zur Geschwindigkeitsvisualisierung VIA-TRAFFIC zum Einsatz bringen.

Die Unfallkommission der Landeshauptstadt Potsdam hat sich am 14.12.2005 intensiv mit der Verkehrssituation und dem Gefährdungspotential im Vorbereich des Treffpunktes Freizeit beschäftigt. Es konnte festgestellt werden, dass es keinerlei Auffälligkeiten in Bezug auf die zum Treffpunkt Freizeit gehenden als auch die Einrichtung verlassenden Kinder gibt. Die Überquerung der Straße Am Neuen Garten unter Benutzung des vorhandenen Fußgängerüberweges stellt sich aus Sicht aller Beteiligten als sicher dar.

Frau Dr. Müller regt an, dieses Problem erneut im Zusammenhang mit der Diskussion des Konzeptes nach Abschluss des Umbaus aufzugreifen.

Herr Wendt fragt, ob auch die Möglichkeit der Einrichtung einer Bushaltestelle geprüft wurde.

Frau E. Müller verweist auf eine entsprechende Stellungnahme des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen. Hier wird darauf hingewiesen, dass es derzeit keine Buslinie durch den Abschnitt der Straße Am Neuen Garten gibt. Aufgrund der Stauanfälligkeit und den damit verbundenen vorhersehbaren Verspätungen für den ÖPNV wurde dort bislang keine Buslinie vorgesehen. Die Einrichtung einer Bushaltestelle vor dem Malteser Treffpunkt Freizeit wird als problematisch angesehen.

Herr Dr. Henrich weist darauf hin, dass auch in der Einrichtung auf die Gefahren im Straßenverkehr hingewiesen werden soll.

Der Stand der Konzeptentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Änderung der Sportfördersatzung
Vorlage: 05/SVV/0699

Die Drucksache wurde durch den Antragsteller zurückgestellt.

zu 6 Langfristige Nutzung der Sportstätten durch Sportvereine
Vorlage: 05/SVV/0896

Herr Gessner bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Er weist auf die Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund hin.

Frau Dr. Müller fragt nach den finanziellen Auswirkungen bei der Auslagerung des Luftschiffhafens in einen Regiebetrieb. Sie fragt, wofür die Mittel verwendet werden könnten, die 2006 eingespart werden sollen.

Herr Dr. Henrich erklärt, dass dann Sportgeräte angeschafft werden oder die Zuschüsse für die ehrenamtlichen Übungsleiter erhöht werden könnten.

Frau Drohla berichtet, dass der Ausschuss für Bildung und Sport festgestellt hat, dass trotz sinkender Kinderzahlen der Zulauf bei den Sportvereinen größer geworden ist. Hier sollten also keine Kürzungen vorgenommen werden.

Frau Dr. Müller fragt nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Gessner erklärt, dass mit den bewirtschaftenden Einrichtungen eine Abstimmung erfolgt. Danach wird in der Beigeordnetenkonferenz ein Bericht gegeben. Dies wird voraussichtlich im Juni 2006 erfolgen.

Frau Knoblich weist darauf hin, dass das im Juni 2006 vorgelegte Papier dann auch dem Antrag der CDU-Fraktion entsprechen sollte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009
und AKKJ-Leitlinien
Vorlage: 05/SVV/0829

Herr Liebe beantragt folgende **Ergänzung** :

Der letzte Satz des ersten Absatzes auf Seite 5 wird wie folgt ergänzt:
*Damit verbundene konkrete Ziele und Aufgaben zur Umstrukturierung des bisherigen Arbeits- und Handlungsfeldes Jugendförderung sind innerhalb des vorgenannten Prozesses sozialraumbezogen und arbeitsfeldübergreifend noch zu **entwickeln. Für die offene Kinder- und Jugendarbeit gelten das Leitbild sowie die Schwerpunkte der offenen Arbeit.***

Herr Schweers betont, dass dies durch die Verwaltung und den Unterausschuss Jugendhilfeplanung befürwortet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Herr Liebe stellt als Vertreter der freien Träger folgenden **Ergänzungsantrag**:

An den letzten Satz auf Seite 4 ist folgender Satz anzufügen:

Bis zum 30.06.2006 ist der Begriff „Grundversorgung an Angeboten der Kinder- und Jugendsozialarbeit in Potsdam“ mit den freien Trägern der Jugendhilfe gemeinsam zu definieren.

Herr Wernick-Otto fragt, ob diese Definition dann im Jugendhilfeausschuss beraten wird.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und anschließend im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden sollte.

Frau Knoblich fragt, ob es möglicherweise schon eine Definition für diesen Begriff gibt.

Herr Schweers erklärt, dass der Begriff noch definiert werden muss. Der Antrag wird von der Verwaltung so mitgetragen. Die Verwaltung übernimmt den Vorschlag.

Herr Liebe bringt einen weiteren **Ergänzungsantrag** ein.

Auf Seite 1 Punkt 2 wird nach dem ersten Absatz folgendes angefügt:

Die Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsanalyse berücksichtigen nicht:

- ***die konzipierten Angebote an Besucher außerhalb der Hauptzielgruppe,***
- ***dass im Bemessungszeitraum 2004 noch nicht die beschlossenen Qualitätsstandards benannte Ausstattung erreicht war,***
- ***der vom Fachpersonal der freien Träger reklamierte höhere sozialpädagogische Aufwand für die vorhandenen Besuchergruppen.***

Diese Diskrepanzen sind mit der Ausstattungsentwicklung der Einrichtungen in den Jugendförderplänen 2007 ff zielstrebig zu beseitigen.

Frau Dr. Müller regt an, den Vorschlag zu beraten und ggf. als Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses zum Jugendförderplan zu formulieren.

Herr Wernick-Otto äußert sein Unverständnis darüber, dass diese Änderungsanträge erst jetzt eingebracht werden.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass die Ergänzungen zur Bestands- und Bedarfsanalyse eine Bewertung darstellen, die nicht in den Jugendförderplan gehören.

Herr Schweers weist darauf hin, dass die Bestands- und Bedarfsanalyse bereits im Juni 2005 vorgestellt und intensiv mit den Trägern beraten wurde.

Er macht deutlich, dass auch die Bedarfe außerhalb der Hauptzielgruppe in der Bestands- und Bedarfsanalyse enthalten sind.

Herr Liebe erklärt, dass er den Auftrag der Träger hat, dies heute im Jugendhilfeausschuss vorzutragen.

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden Verfahrensvorschlag:
Über die von Herrn Liebe vorgetragene Ergänzungen zur Bestands- und Bedarfsanalyse wird als Votum den Jugendhilfeausschusses abgestimmt.

Frau Knoblich stellt folgenden Antrag zur **Geschäftsordnung**:

Der Jugendhilfeausschuss gibt erst ein Votum zum Jugendförderplan ab und anschließend soll über die von Herrn Liebe vorgetragene Bewertung abgestimmt werden.

Sie lobt die Verwaltung für den vorgelegten Jugendförderplan.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

Dem GO-Antrag wird zugestimmt.

Es erfolgt die Abstimmung zur Drucksache und den Ergänzungsanträgen.

Herr Harder informiert über das Votum des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Frau Dr. Müller schlägt vor, zum Vorschlag des Unterausschusses zur Medienwerkstatt sowie zum Vorschlag der AG Schulsozialarbeit ein Votum des Jugendhilfeausschusses abzugeben.

Herr Schweers kann dem aus Sicht der Verwaltung zustimmen.

Herr Wernick-Otto bittet, dass der TOP 1 des Unterausschusses dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Frau Knoblich bittet darum, dass sich der Jugendhilfeausschuss ausschließlich den Voten der Träger und des Unterausschusses widmet.

Herr Harder sagt zu, die Ergebnisse der Trägerkonferenz nochmals im Unterausschuss zu beraten und dann im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Abstimmung zu den Voten für die Anträge zum Jugendförderplan:

Votum des Unterausschusses:

Der Antrag der Medienwerkstatt, von der Kürzung um eine halbe Stelle Abstand zu nehmen, wurde geprüft und muss abgelehnt werden. Die Verwaltung unterstützt die Medienwerkstatt bei der Mittelakquise. Der Unterausschuss schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung, eine halbe Stelle zu kürzen, an.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem Votum wird zugestimmt.

Votum des Unterausschusses:

Die AG Schulsozialarbeit schlägt vor, Mittel aus künftigen Schulschließungen für Schulsozialarbeit zu verwenden. Der Unterausschuss unterstützt den Vorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

*Dem Votum wird zugestimmt.***Antrag der freien Träger:**

Der folgende Vorschlag der freien Träger wird zu Protokoll genommen und dient als zukünftige Arbeitsgrundlage:

Die Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsanalyse berücksichtigen nicht:

- die konzipierten Angebote an Besucher außerhalb der Hauptzielgruppe,
- dass im Bemessungszeitraum 2004 noch nicht die beschlossenen Qualitätsstandards benannte Ausstattung erreicht war,
- der vom Fachpersonal der freien Träger reklamierte höhere sozialpädagogische Aufwand für die vorhandenen Besuchergruppen.

Diese Diskrepanzen sind mit der Ausstattungsentwicklung der Einrichtungen in den Jugendförderplänen 2007 ff zielstrebig zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

*Dem Vorschlag wird zugestimmt.***Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die im Jugendförderplan ausgewiesenen inhaltlichen Schwerpunkte und Aufgaben einschließlich der Anlagen.

+ Ergänzungsanträge

2. Der letzte Satz des ersten Absatzes auf Seite 5 wird wie folgt ergänzt:
Damit verbundene konkrete Ziele und Aufgaben zur Umstrukturierung des bisherigen Arbeits- und Handlungsfeldes Jugendförderung sind innerhalb des vorgenannten Prozesses sozialraumbezogen und arbeitsfeldübergreifend noch zu entwickeln. Für die offene Kinder- und Jugendarbeit gelten das Leitbild sowie die Schwerpunkte der offenen Arbeit.
3. An den letzten Satz auf Seite 4 ist folgender Satz anzufügen:
Bis zum 30.06.2006 ist der Begriff „Grundversorgung an Angeboten der Kinder- und Jugendsozialarbeit in Potsdam“ mit den freien Trägern der Jugendhilfe gemeinsam zu definieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 4

Der geänderten Drucksache wird zugestimmt.

zu 8 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850

Es wurden keine Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Stadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006 mit Haus-

haltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 4

Dem Haushalt 2006 für den Fachbereich Jugendamt wird zugestimmt.

zu 9

Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0851

Herr Wartenberg beantragt, 175.000 Euro für den Dachausbau der Kita Fahrland durch Zweckbindung von Mitteln aus Grundstücksverkäufen einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem haushaltsbegleitenden Beschluss wird zugestimmt.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass in der Haushaltsstelle 46450.95000 – kleinteilige Baumaßnahmen/Brandschutz (Anlage 2, Blatt 3) – für 2006 lediglich 150.000 Euro eingestellt sind. Diese Mittel sind nicht ausreichend, um den Standard zu erreichen.

Frau Knoblich erwartet, dass seitens der Verwaltung hier Unterstützung erfolgt.

Frau E. Müller betont, dass es entsprechende Hinweise aus ihrem Geschäftsbereich an den Geschäftsbereich Steuerung und Service gab. Es wurde eine höhere Summe beantragt.

Es soll auch eine Erhöhung um 300.000 Euro auf 450.000 Euro geben.

Herr Lehmann fragt, ob dies dann ausreichend ist, um auch den Maßnahmestau abzubauen.

Frau E. Müller erklärt, dass 600.000 Euro benötigt werden, um die Planvorhaben einzuhalten. Diese Mittel werden benötigt, um dem Standard einer neu gebauten Kita zu entsprechen.

Antrag:

Für die Haushaltsstelle 46450.95000 – kleinteilige Baumaßnahmen (Brandschutz) sollen für 2006 die Mittel von 150.000 Euro um 300.000 Euro auf 450.000 Euro erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der vorliegende Investitionsplan für die Jahre 2005 – 2009 wird als Richtlinie für die Investitionsplanung beschlossen. Der Festsetzungsbeschluss hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

2. Die Finanzplanung für die Jahre 2005 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.
Der Beschluss über die Kenntnisnahme hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

+ Ergänzungen

1. Für den Dachausbau der Kita Fahrland sind durch Zweckbindung von Mitteln aus Grundstücksverkäufen 175.000 Euro einzustellen.
2. Für die Haushaltsstelle 46450.95000 – kleinteilige Baumaßnahmen (Brandschutz) sollen für 2006 die Mittel von 150.000 Euro um 300.000 Euro auf 450.000 Euro erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

Dem geänderten Finanzplan und Investitionsprogramm für den Fachbereich Jugendamt wird zugestimmt.

**zu 10 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0853**

Herr Lehmann gibt zu bedenken, dass die HSK-Maßnahmen im Bereich der Hilfen zur Erziehung ein falsches Signal sind.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2006 – 2009 als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2006.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 8

Das HSK für den Fachbereich Jugendamt wird abgelehnt.

**zu 11 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe
Vorlage: 05/SVV/0852**

Es wird festgestellt, dass keine Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses besteht.

Der Ausschuss stimmt nicht über die Drucksache ab.

zu 12 Bericht zur Sozialraumorientierung

Herr Schweers gibt einen kurzen Rückblick und erklärt, dass die Grundlage für die Arbeit das Rahmenkonzept ist.

Frau Reisenweber stellt das Pilot-Sozialraum-Team vor und weist darauf hin, dass ein Teil des Teams noch nicht im Sozialraum sitzt.

Sie berichtet über die erste Regionalkonferenz vom August 2005 und macht auf die Internet-Präsentation aufmerksam.

Herr Schweers erklärt anhand von Folien die Ziele (siehe Anlage).

Herr Voehse erklärt, dass aus seiner Sicht das Konzept für Sozialarbeiter wenig transparent ist. Er fragt, ob Steuerungsgruppe und Regionalteam identisch sind.

Herr Schweers erläutert, dass die Steuerungsgruppe aus ca. 10 Personen besteht. In ihr arbeiten Mitarbeiter der Verwaltung, Frau Leopold, Frau Dr. Müller und Herr Harder mit.

Das Regionalteam besteht ausschließlich aus Mitarbeitern der Verwaltung.

Herr Liebe fragt nach der Kriseninterventionsstelle im Sozialraum sowie nach der Öffnung der Jugendklubs am Wochenende.

Frau Reisenweber erklärt, dass die Krisenintervention den Kindern ermöglichen soll z.B. die Schule oder Kita in der Region beizubehalten. Die Krisenintervention soll höchstens drei Monate andauern.

Die Jugendklubs sollen an den Wochenenden auch Angebote für Familien machen. Hierfür gibt es noch kein Konzept.

Herr Schweers informiert, dass Breitband e.V. und Potsdamer Betreuungshilfe e.V. derzeit ein Konzept für ein solches Projekt erarbeiten.

Herr Harder berichtet, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung bereits damit befasst und ein positives Votum abgegeben hat.

**zu 13 Wechsel der Kindertagesstätte 'Firlefan' in die Trägerschaft der Erziehungs- und Bildungswege gGmbH
Vorlage: 05/SVV/1033**

Herr Schweers bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Der Betreuung der Kindertagesstätte „Firlefan“, Nedlitzerholz 12a in 14469 Potsdam durch den freien Träger Erziehungs- und Bildungswege gGmbH mit Wirkung zum 01.01.2006 und die Förderung des Trägers nach dem Kita-Gesetz wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 14 Information über außer- und überplanmäßige Ausgaben des Fachbereiches Jugendamt im Zeitraum 01.07. - 30.09.2005
Vorlage: 05/SVV/1021**

Herr Schweers bringt die Mitteilungsvorlage ein.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 15 Sonstiges

Herr Schweers schlägt vor, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2006 den Arbeitsplan für das erste Halbjahr 2006 zu beraten. Hierzu können Vorschläge bis um 13.01.2006 bei Frau Spyra eingereicht werden. Es wird auch eine Auswertung der Planung für 2005 erfolgen.

Herr Harder informiert, dass der Kinder- und Jugendweihnachtsmarkt auf dem Bassinplatz sehr erfolgreich ist und gut angenommen wird. Weiterhin berichtet er, dass der Stadtjugendring am 17.01.2006 sein 15-jähriges Bestehen feiert. Schriftliche Einladungen erfolgen noch.

Herr Liebe weist auf den Offenen Brief an die Mitglieder des JHA hin (siehe Anlage zum Protokoll). Er bittet den Unterausschuss Jugendhilfeplanung, sich dem anzunehmen.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 26. Januar 2006 16:30 Uhr

**Dr. Sigrid Müller
stellv. Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Protokoll**